

Er scheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler



Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 10. :. 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 10b. :. Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 8. März 1918

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Ergebnis der Reichs-  
tarifverhandlungen. — Ueber 11 800 Markt Nachzahlung. —  
Gewerkschaftspaltung und Unabhängige Sozialdemokratie.  
— Vom Wucher. — Wenn der Geldsack über uns herrscht.  
— Was unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Soziales.  
— Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Sterbe-  
tafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 10. bis 16. März  
1918 ist der 11. Wochenbeitrag fällig. Nur  
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche  
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert  
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-  
stützung aus Verbandsmitteln.

## Ergebnis der Reichstarifverhandlungen.

Der vor drei Jahren erstmalig getätigte  
Reichstarif für das gesamte Lederausrüstungs-  
gewerbe konnte mit gutem Recht als ein gewerk-  
schaftlicher Erfolg gebucht werden, war er doch  
die Frucht jahrzehntelanger mühevoller Arbeit.  
Aber wie alles Menschenwerk, hat auch der  
Reichstarif nicht bei allen Berufsangehörigen  
uneingeschränktes Wohlwollen erfahren. Be-  
sonders die Regulierung der in einzelnen Be-  
trieben gezahlten Stücklöhne auf Lohnmeter gab  
zu großen Erregungen Anlaß. Doch als der  
Krieg über alle Befürchtungen hinaus immer  
noch andauert, die Privatindustrie auf Kriegs-  
arbeit eingestellt werden mußte, Tausende und  
aber Tausende Arbeitnehmer auch in den ent-  
legensten Gegenden des Reiches Ausrüstungs-  
stücke anfertigen, dem Lohndruck Tor und Tür  
geöffnet war, söhnten sich auch die Gegner mit  
dem Tarif aus. Der Reichstarif bewährte sich  
immer mehr zum Schutze der Arbeitnehmer  
und hat auch denen materielle Erfolge gebracht,  
die sich nie mit dem gewerkschaftlichen Ge-  
danken beschäftigten. Wenn es trotzdem zur Kün-  
digung des Vertrages gekommen ist, so in der  
Hauptsache darum, um einige sich im Laufe der  
Zeit gezeigte Mängel zu beseitigen.

Verbandsvorstand und -ausschuß haben in  
Gemeinschaft mit der Zentralbranchenkommission  
und den Gauleitern die aus dem Lande einge-  
gangenen Anträge beraten und zu einem Ent-  
wurf zusammengestellt. Ueber den Verlauf der  
Tarifverhandlungen haben wir eingehend be-  
richtet, weshalb wir uns nur auf die Wieder-  
gabe der Aenderungen im Reichstarif und den  
wörtlichen Abdruck der besonderen Verein-  
barungen für die Kriegs- und Teuerungszeit  
beschränken.

Ganz besonders ist hervorzuheben, daß zum  
Schutze der Arbeitnehmer im Verhandlungs-  
protokoll die Klausel aufgenommen wurde:

„Der Lieferant unterwirft sich dem Reichstarif  
in allen Teilen. Diese Erklärung hat die gleichen  
Folgen wie die Unterzeichnung des Reichstarifs.“

Herr Oberst May hat dazu erklärt, daß  
gegen solche eine Bestimmung in den Lieferungs-  
verträgen Bedenken nicht beständen. Mit dieser  
Sicherung wird es keinem Hersteller von Aus-

rüstungsstücken mehr möglich sein, den Tarif  
zu umgehen, und jedes ordentliche Gericht muß  
im Klagefalle die Lieferungsbedingungen als  
einen Vertrag zum Schutze Dritter, hier Arbeit-  
nehmer, anerkennen. Bisher war das nicht  
der Fall.

Die Einleitung hat jetzt folgenden Wort-  
laut:

„Für die Hersteller von Ausrüstungsgegen-  
ständen für Heer und Marine aus Leder, Stoff oder  
Erzstoffen wird durch die Vertreter der unterzeich-  
neter Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände nach-  
stehender Tarifvertrag für das Ausrüstungsgewerbe  
abgeschlossen.“

Die bisherige Bestimmung über die Ent-  
lohnung der auf Zeit Beschäftigten an den Vor-  
abenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten  
hat oftmals irrtümlichen Auffassungen Raum  
gegeben. Sie ist nunmehr in folgende Formel  
gebracht worden:

„An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und  
Weihnachten wird nur 6 Stunden gearbeitet, ohne  
Lohnabzug für Zeilohnarbeiter. Es ist somit an  
den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weih-  
nachten an Sonnabenden 2 Stunden und sofern  
Weihnachten auf einen Wochentag fällt, 3 Stunden  
weniger als regelmäßig, ohne Lohnabzug für die  
auf Zeitlohn Beschäftigten, zu arbeiten.“

Die Mindeststundenlöhne wurden  
um 4 bis 6 Pf. erhöht. Da die Kriegszuschläge  
in bisheriger Höhe verblieben sind, stellen sich  
die Mindestlöhne in den einzelnen Ortsklassen  
einschließlich der Kriegszuschläge: Für

	Klasse I Pf.	Klasse II Pf.	Klasse III Pf.	Klasse IV Pf.	Klasse V Pf.
Gelernte Sattler über 20 J	93 $\frac{1}{2}$	89 $\frac{1}{2}$	86	82	78
unter 20 "	78	75	71 $\frac{1}{2}$	68 $\frac{1}{2}$	65
Hilfsarbeiter über 20 "	65	62	59 $\frac{1}{2}$	56 $\frac{1}{2}$	54
17 "	54	51 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	47	45
Hilfsarbeiterinnen ü. 17 "	38 $\frac{1}{2}$	37	35 $\frac{1}{2}$	34	32
Lederstepperinnen . . . . .	49 $\frac{1}{2}$	47 $\frac{1}{2}$	45 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	41 $\frac{1}{2}$
Sonst. Masch.-Mäherinnen Handnäherinnen (Nadel u. Ähle) . . . . .	44	42 $\frac{1}{2}$	40 $\frac{1}{2}$	38 $\frac{1}{2}$	37
	55	53	50 $\frac{1}{2}$	48 $\frac{1}{2}$	46

Manche Unternehmer konnten sich an den  
Grundsatz: „Für gleiche Leistung gleichen Lohn“  
nicht gewöhnen. Ihnen erschienen die Stück-  
löhne, die sie ihren Arbeiterinnen auf Grund  
des Reichstarifs zahlen mußten, für zu hoch.  
Deshalb zogen sie es vor, Handnäharbeiten von  
Arbeiterinnen auf Zeitlohn ausführen zu lassen  
und zahlten dann nur die Mindestlöhne oder  
wenig darüber. Den Unterschied ließen sie in  
ihre eigene Tasche gleiten. Dies Treiben ist  
nunmehr durch folgende Bestimmung unter-  
bunden:

„Für Handnäharbeiten sind Stücklöhne (nicht  
Stundenlöhne) zu zahlen.“

Neu aufgenommen ist auch die Bestimmung  
über Instandsetzungsarbeiten:

„Instandsetzungsarbeiten sind in der Regel im  
Stundenlohn auszuführen; hierfür gelten die in  
diesem Tarif festgelegten Zeitlöhne und Teue-

rungszulagen. Soll Stücklohn gezahlt werden, so  
ist dieser im Betriebe zu vereinbaren. Für den Fall,  
daß eine Einigung nicht erzielt wird, ist die zu-  
ständige Schlichtungskommission anzurufen.“

Damit werden auch die Unternehmungen  
getroffen, die vorgaben, sie seien Wohltätig-  
keitsinstitute und fallen deshalb nicht unter den  
Tarif. Sehr richtig hat der Vorsitzende Herr  
Meyer bei Beratung dieses Punktes hervor-  
gehoben, daß es nicht Aufgabe der Wohltätig-  
keitseinrichtungen sein kann, unlauteren Wett-  
bewerb zu treiben oder gar zum Schaden der  
Arbeitnehmer die Löhne zu drücken. Die Be-  
stimmungen über Heimarbeit und  
Zwischenmeisterbetriebe sind unver-  
ändert geblieben. Jedoch wurden die besonde-  
ren Bestimmungen für die Kriegszeit nicht auf-  
gehoben, weil nach Ansicht der Behörden wäh-  
rend der Kriegszeit eine Verpflanzung der Ar-  
beitskräfte, die für die Heimarbeit besonders in  
Frage kommen, sich größtenteils unmöglich er-  
weisen würde.

So reformbedürftig die Bestimmungen für  
die Schlichtungsinstanzen auch sind, besonders  
weil nicht an allen Orten Schlichtungskom-  
missionen und Schiedsgerichte gebildet werden  
können, bestand doch keine Neigung, den von  
den Arbeitnehmern vorgelegten Entwurf zu be-  
ratern. Hier bleibt es vorläufig beim alten.  
Das Tarifamt wird es sich angelegen sein  
lassen, neue Satzungen zu formulieren, die dann  
als Nachtrag zum neuen Tarif rechtsverbind-  
lich gelten.

Der Vertrag gilt bis zum 30. September  
1919. Die sechsmonatige Kündigungsfrist wurde  
in eine dreimonatige umgewandelt.

Ganz wichtig sind die

## Besonderen Vereinbarungen für die Kriegs- und Teuerungszeit.

Laut Verhandlungsniederschrift aus der Sitzung  
vom 30. Januar 1915 und auf Grund der Ent-  
scheidungen des Tarifamts seit 1. April 1915  
wurden neben dem Reichstarif für das Leder-  
ausrüstungsgewerbe noch folgende tarifliche Ver-  
einbarungen getroffen:

### 1. Kriegszuschlag.

a) Für die Dauer dieses Vertrags erhalten  
die gelernten Sattler\*) zu den vereinbarten  
Stundenlöhnen einen Zuschlag von 30 vom  
Hundert und die Hilfsarbeiter sowie alle weib-  
lichen Personen 15 vom Hundert.

b) Für Stücklöhne werden die in der Ta-  
belle der Stücklohnsätze aufgeführten Zuschläge  
von 10 bis 30 vom Hundert gezahlt.

c) In vorstehenden Zuschlägen zu a und b  
sind die tariflichen Zuschläge für Ueberstunden  
enthalten. Nach Kriegsende wird das Tarifamt

\*) Werden verwandte Berufsarbeiter (Porte-  
feuille, Tapezierer, Schuhmacher und Buchbinder)  
während der Kriegszeit entsprechend ihrer Berufs-  
mäßigen Vorbildung mit Sattlerarbeiten beschäftigt,  
so erhalten sie Sattlerlohn.

beschließen, zu welchem Zeitpunkt Ueberstunden wieder besonders zu bezahlen sind.

2. Teuerungszulagen.

I. Für Zeitlohnarbeiter und -arbeiterinnen.

a) Alle auf Zeitlohn beschäftigten Sattler, über 17 Jahre erhalten zu den vereinbarten Stundenlöhnen außer dem Kriegszuschlag unter 1a dieser Vereinbarungen noch einen Stundenzuschlag: für Ledige 30 Pf., Verheiratete 35 Pf. und Verheiratete mit mehr als 2 Kindern unter 15 Jahren 40 Pf.

b) Hilfsarbeiter über 17 Jahre erhalten: Ledige 20 Pf., Verheiratete 23 Pf. und Verheiratete mit mehr als 2 Kindern unter 15 Jahren 26 Pf.

c) Hilfsarbeiter unter 17 Jahren erhalten: 13 Pf.

d) Alle in Zeitlohn beschäftigten Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre sowie Maschinenarbeiterinnen und Zweinadelnäherinnen ohne Unterschied des Alters erhalten: Ledige 17 Pf., Haushaltungsvorstände 20 Pf. und Haushaltungsvorstände mit mehr als 2 Kindern unter 15 Jahren 23 Pf.

e) Hilfsarbeiterinnen unter 17 Jahren: 12 Pf.

II. Für Stücklohnarbeiter.

Alle auf Stücklohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten außer den in der Stücklohntabelle aufgeführten Stückpreisen und den dabei bemerkten Kriegszuschlägen noch eine Teuerungszulage. Diese beträgt für:

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include Ledige (25 v. S.), Haushaltungsvorstände (80), mehr als 2 Kindern unter 15 Jahren (85), Heimarbeiter ohne Unterschied des Personenstandes (20).

Das Zentraltarifamt entscheidet, wann die Teuerungszulagen außer Kraft treten.

3. Nähmaterialien.

a) Die im Vorwort des Stücklohnverzeichnis unter d festgelegte Entschädigung für Nähmaterialien bei Handnäh von 3 vom Hundert ist in den Kriegszuschlägen mit eingerechnet.

b) Wird vom Arbeiter das Nähmaterial bei Handarbeit gegen Entgelt geliefert, so ist es zu folgenden Höchstpreisen abzugeben:

Segel- oder Sattlergarn für das Kilogramm 4 Mk. Reines Bienenwachs für das Kilogramm 6 " Wachsmaschinenfaden für das Kilogramm 9 " Milchwachs für das Kilogramm 4 "

c) Bei Maschinennäht hat der Arbeitgeber das Nähmaterial kostenlos zu stellen und werden demzufolge bei Fußbetrieb 17 vom Hundert und bei Kraftbetrieb 7 vom Hundert Kriegszuschlag gezahlt.

4. Heimarbeiter.

a) Für die Dauer des Krieges sind die Beschränkungen bezüglich Beschäftigung von Heimarbeitern und Zwischenmeister aufgehoben. Diese Aufhebung der Beschränkungen bezieht sich ausdrücklich nur auf die Beschäftigung und nicht auf die Entlohnung, demzufolge § 6b und c auch in der Kriegszeit einzuhalten sind.

b) Die Heimarbeiter sollen in der Regel die gleiche Wochenmenge an Arbeit wie die Werkstattarbeiter erhalten.

5. Hilfsdienst.

Für die Tätigkeit in den Hilfsdienstauschüssen ist den Arbeitnehmern eine Entschädigung zu gewähren, falls sie auf Wunsch der Arbeitgeber ausgiebig wird oder Rücksprachen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern stattfinden. Die Entschädigung bemisst sich nach den tariflichen Lohnsätzen; sie kann auch durch einen Pauschalbetrag abgelöst werden.

Das Stücklohnverzeichnis hat in seiner Anordnung eine gründliche Umwandlung erfahren. Durch Hineinarbeiten der 15 Nachträge umfaßt es jetzt, nach Truppengattungen geordnet, einschließlich der Stücklohnliste für Näharbeiten bei Konfektionierung 474 Positionen. Neben den Lohnsätzen sind gleich die Kriegszuschläge besonders

vermerkt. Für die Artikel unter Nr. 376-474, soweit sie im Afford hergestellt werden, gibt es weder Teuerungszulage noch Kriegszuschlag. Gingen hat der Arbeitgeber das Nähmaterial kostenlos zu liefern.

Der Umfang des Stücklohnverzeichnis läßt es nicht zu, es hier zum Abdruck zu bringen. Es wird alles getan, um den Reichstarif nebst dem Stücklohnverzeichnis noch bis zum Tage des Inkrafttretens fertigzustellen und den Mitgliedern einzuhändigen. Bis dahin mögen sie sich mit der Kenntnisnahme der nach oben abgeänderten Stücklöhne begnügen.

Table with 3 columns: Pos., Description, and Price. Items include Packtasche für leichte Kav., Nachtrag 4/15, Packtasche für schwere Kav., Sattelflässe, Maschinennäht, Vorderzeug, Kambazengügel mit gefl. Schieber, Packtasche für Art. ohne Eisenfatache, etc.

Pos. 3 wird gestrichen und soll lauten: a) Fällt am Ledersteg die Keilnäh fort, sind 10 Pf. abzugiehen. b) Wird der Fellstreifen am Ledersteg mit der Maschine angenäht, sind 7 Pf. abzugeben.

c) Wird das Schauerleder ganz mit der Maschine genäht, so kommen für den Wegfall der Endnähte durch das Transparentleder 8 Pf. in Abzug.

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include Pos. 132 soll lauten: Seitengewehr f. Inf. ohne Auflage (0,04), Seitengewehr f. Inf. mit Auflage (0,06), Pos. 20 statt neuer Art (mit geschwulstem Galerienem), etc.

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include Bod-Schnüren, Füllen und Röhreinziehen, Sich ausschneiden ohne schärfen, Taschen und Rißen verpassen, 6 Strippen aufstechen, etc.

Indem wir unsere Kollegen das Ergebnis der Verhandlungen über den Reichstarif für das Lederausüstungsgewerbe zur Kenntnis bringen, sprechen wir die Erwartung aus, wenn auch nicht alle Wünsche befriedigt worden sind, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen streng auf die Innehaltung der jetzt geltenden Bestimmungen achten. Die materiellen Vorteile, welche durch den Abschluß des Vertrages unseren Berufsangehörigen gesichert werden, machen es auch jedem zur Pflicht, sich unserem Verbands anzuschließen und durch rege Beteiligung an seine Aufgaben den Grund für einen im Herbst 1919 zu schaffenden noch besseren Tarif zu legen.

Ueber 11 300 Mark Nachzahlung.

Bei den Beratungen über die ab 1. September 1917 tarifverbindlich eingeführte Teuerungszulage im Lederausüstungsgewerbe machten die Arbeitgeber ihre Zustimmung davon abhängig, daß die auftraggebenden Behörden ihnen den dafür aufzuwendenden Betrag zurückgeben. Diese Zusage ist ihnen gegeben worden. Das Reichsfinanzamt hat folgenden Sähen seine Zustimmung erteilt. Für Aufträge, welche vor dem 1. 12. 16. erteilt und nach dem 11. 12. 16. geliefert wurden, 3 Proz.; für Aufträge, welche nach dem 1. 12. 16. erteilt und nach dem 8. 9. 1917 geliefert wurden, 5 Prozent; für Aufträge, welche vor dem 1. 12. 16. erteilt, jedoch erst nach dem 8. 9. 17. geliefert wurden, 8 Prozent.

Trotz dieser Zusicherung haben viele Unternehmer, hauptsächlich in solchen Gegenden, in denen die Arbeiter und Arbeiterinnen es borgehen, keiner Gewerkschaft anzugehören, es vergessen, den Arbeitern die Teuerungszulage zu zahlen. Wo unser Verband Kenntnis von solcher Vergeßlichkeit erhielt, hat er dem Gedächtnis der Unternehmer nachgeholfen, teils durch persönliche Unterhandlungen, teils durch Entscheidungen der Schlichtungsinstanzen. Die so den Arbeitern hereingeholten Beträge beziffern sich in die Hunderttausende von Mark. Von allen Fällen nur ein Beispiel. Die Firma S. Tief in Bad Radonowa in Schlesien beschäftigt durchschnittlich 40-50 Personen, meistens Männer auf Ausrüstungsstücken. Niemand ist gewerkschaftlich organisiert, angeblich weil der Verbandsbeitrag zu hoch ist. Genannte Firma zahlte die nach Stunden zu berechnende Teuerungszulage nicht. Als unser Kollege Nibel davon Kenntnis erhielt, setzte er sich mit der Firma ins Einvernehmen mit dem Erfolge, daß die Firma ihren Arbeitern die vom Reichsfinanzamt bewilligte Vergütung im Betrage von 11 300 Mk. nachzahlte und ab 13. Februar ds. J. die Stundenzuschläge laut Nachtrag 13 des Reichstarifs bezahlt werden. Wenn die Unternehmer ihre Zusage von der Rückvergütung der Teuerungszulage abhängig machten, so ist es zu begrüßen, wenn die Behörden streng darauf halten, nur die Beträge zurückzubehalten, die die Unternehmer den Arbeitern in Wirklichkeit gezahlt haben. Es haben daher die Hersteller folgenden Nevers zu unterzeichnen: „Es wird nach bestem Wissen versichert, daß bei Annahme der vorstehend aufgeführten Aufträge die Teuerungszulage gemäß Nachtrag 9 und 13 zum

Reichstarif für das Lederarüstungsgewerbe nicht berücksichtigt war, sie von mir aber neben dem Tariflohn den mit der Anfertigung betrauten Arbeitern tatsächlich gezahlt worden ist."

Diesem Umfange ist es wohl zuzuschreiben, wenn in den letzten Wochen rege Nachfrage nach Reichstarifen nebst sämtlichen Nachträgen, von meistens uns unbekanntem Firmen besteht. Sie werden wohl Ansprüche an die auftraggebenden Behörden gestellt haben und nun sollen sie ihrer unterschätzlichen Anerkennung zufolge, die ihnen gewährten Beträge mindestens in der tariflichen Höhe ihren Arbeitern zahlen. Daß es sich hier um stattliche Summen handelt, beweist der Fall T i e g - R u d o w a. Dabei sei die Frage erlaubt: Würden die Arbeitnehmer in den Genuss der tarifvertraglichen Bestimmungen kommen, wenn unser Verband sich nicht um alle Kollegen und Kolleginnen amtes Berufes kümmern würde. Wir sind fest überzeugt, würden sich die Arbeiter im gleichen Maße um den Verband der Sattler und Portefeuille kümmern, Millionen von Mark hätten sie mehr an tariflichem Lohn bekommen, als ihnen in Wirklichkeit gezahlt worden ist. In Rudowa wie in hunderten anderen Fällen geben die Arbeiter vor, der Verbandsbeitrag sei ihnen unerschwinglich hoch, dieweil sie ihrem Unternehmer den mehrfachen Betrag überlassen, der eigentlich ihnen auf Grund des Tarifs und ihrer Leistungen zusteht.

Tausende von Berufscollegen und -kolleginnen stehen unserem Verbands noch fern. Sie nehmen wohl Anteil an seinen Errungenschaften, machen sich aber sonst kein Gewissen darüber, wer für sie die Arbeiten leistet, damit sie höheren Verdienst erzielen. Sie gleichen den Rigeunern, die im Herbst Kartoffeln von den Feldern holen, wo sie weder den Boden bearbeitet noch bepflanzt haben. Wer die gewerkschaftlichen Errungenschaften mit Herzergreude genießt, sollte es sich angelegen sein lassen, an der Kulturarbeit der Gewerkschaften persönlichen Anteil zu nehmen. Denn ungeheure Aufgaben stehen uns noch bevor, da heißt es: Jeder auf seinem Platte, jeder Berufsgenährige gehört in unseren Verband.

### Gewerkschaftsspaltung und Unabhängige Sozialdemokratie.

Eine Mitgliederversammlung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins in Stuttgart nahm mit 61 gegen 8 Stimmen eine Resolution an, durch welche die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation als der notwendigen Rahmen für die kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit bezeichnet wird. Ein zweiter, mit nur 53 gegen 47 Stimmen angenommener Antrag fordert die Einsetzung einer Kommission, welche für Stuttgart die Vorarbeit zur Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Kampforganisation in die Hand zu nehmen hat.

Gegen diesen, die Arbeiterbewegung und insbesondere die wirtschaftlichen Interessen schwer schädigenden Versuch einer Sprengung der Gewerkschaften wendet sich selbst die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“, indem sie u. a. schreibt:

„Wir erklären rundweg, daß wir die Gründung neuer Gewerkschaften nicht billigen können. Das würde die Spaltung der Gewerkschaften und Bruderkämpfe herbeiführen, an denen nur das Unternehmertum seine helle Freude haben würde. Wir brauchen Gewerkschaften, die stark und geschlossen den Unternehmern gegenüber auftreten können. Nur dann sind sie eine Macht, und solche Gewerkschaften hat das Proletariat nach dem Kriege ganz besonders nötig. Was den Gewerkschaften not tut, haben wir wiederholt dargelegt, und es ist Pflicht unserer Parteifreunde, in den Gewerkschaften eifrig dafür tätig zu sein, daß die Demokratie zu ihrem Rechte kommt, und daß in ihnen die Ideen des Klassenkampfes fruchtbarer Boden finden. Diese Arbeit läßt sich nur innerhalb der Gewerkschaften ausführen. . . .

Auf die Spaltung der Sozialdemokratie darf nicht verwiesen werden. Sie ist nicht das Werk der Opposition. Diese wollte zum allergrößten Teil in der Partei bleiben, wurde aber vom Parteivorstand ausgeschlossen, worauf sie natürlich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gründen mußte. Dazu steht noch eine Spaltung der Gewerkschaften, das ist ein Luxus, den sich die deutsche Klassenbewußte Arbeiterschaft in dieser Zeit und angesichts der schweren Kämpfe, in der sie sich befindet und die nur die Einleitung zu weit größeren Kämpfen sind, einfach nicht erlauben darf."

In Versuchen, die Gewerkschaftseinheit zu sprengen, fehlte es bisher nicht; daß sie keinen Erfolg hatten, ist nicht dem Einfluß der unabhängigen Parteileitung und Parteipresse, sondern der besseren Einsicht auch des größten Teiles jener Gewerkschaftsmitglieder zu danken, die, obwohl sie sich von der

alten sozialdemokratischen Partei loslagten, an der Ueberzeugung festhalten, daß eine Spaltung der Gewerkschaften die Lohnarbeiter zur wirtschaftlichen Ohnmacht verdammen und nur im Interesse des Kapitals liegen würde. Auf den Sieg der Vernunft darf man auch in Stuttgart rechnen.

### Vom Wucher.

Der Wucher mit Lebensmitteln tritt uns in der Kriegszeit auf Schritt und Tritt entgegen. Wenn man jetzt vom Wucher spricht, denkt man in erster Linie an den Nahrungsmittelwucher. Fast noch schlimmer ist aber der Wucher, der sich bei anderen Lebensbedürfnissen breitmacht. Wer genötigt ist, Kleidungsstücke irgendwelcher Art zu kaufen, erschrickt, wenn er die Preise nennen hört, die immer noch höher klettern. Dabei ist es kaum möglich, beschädigte Kleidungsstücke instand zu setzen. Nähgarn und Stopfwohle sind fast völlig verschwendet, und wo sie noch zu haben sind, werden ganz ungläubliche Preise gefordert.

In dem Maße, wie sich die Vorräte an Stoffen verringern — und zu ihrem Verschwinden tragen die Hamster wesentlich bei, die die Waren zurücklegen, um später höhere Preise herauszuholen —, steigen die Warenpreise. Eine hübsche Entdeckung hat kürzlich eine Frau aus Siegburg gemacht, die ein Kindersäckchen zum Preise von 18,50 Mk. erstanden hatte. Als sie die Preisauszeichnung näher in Augenschein nahm, ergab sich, daß eine Reihe von Zetteln übereinandergeklebt waren. Am das Geheimnis der vielen Zettel zu ergründen, löste sie einen nach dem andern ab. Und siehe da, jeder Zettel enthielt eine andere Preisauszeichnung. Die Reihenfolge der Zahlen war folgende: 18,50, 12,75, 7,90, 4,25, 2,95 Mk. Diese Preissprünge bilden keineswegs eine Ausnahme. Auffällig ist in diesem Fall nur die Gleichgültigkeit des Händlers, der es nicht einmal für der Mühe wert hielt, die alten Preisauszeichnungen zu entfernen. Dem einzelnen Händler kann man dabei nicht einmal einen Vorwurf machen; er folgt nur dem Zuge der Zeit.

Für den Kleiderwucher ist auch die folgende Mitteilung sehr lehrreich: In einer Versammlung des Bundes der Landwirte in Verden an der Aller führte der Geschäftsführer Brodhaus (Hannover) folgendes aus: „Die Schafhalter bekamen in Friedenszeiten für ein Pfund guter Rückenwolle 3 Mk., die verarbeitende Industrie schlug 2 Mk. für ihre Arbeit auf, so daß das Pfund Wolle 5 Mk. kostete. Jetzt bekommt der Schafhalter für dieselbe Menge Rückenwolle 3,50 Mk., das Pfund Wollgarn kostet aber 45 Mk. und darüber.“ Dieser Wucher, bei dem sich einige wenige die Taschen füllen auf Kosten der breiten Volksmassen, ist himmelschreiend. Dabei vollzieht er sich unter den Augen der Behörden, denn die Verwertigung der Wolle geschieht, wie die der meisten anderen Waren, durch eine vom Staat eingesezte Gesellschaft. Und da wundert man sich, daß die Entrüstung über die herrschenden Zustände bei den Verbrauchern immer tiefere Wurzeln schlägt.

### Wenn der Geldsack über uns herrscht.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, besteht bei uns in Deutschland die Gefahr, daß nach dem Kriege die Geldleute eine viel größere Rolle spielen werden als je zuvor. Wenn man beobachtet, wie schon heute trotz der schweren Kriegsnöte, die auf unserem Volke lastet, die Herren und Damen vom großen Geldbeutel auftreten, so darf man für die Zukunft begründete Besorgnisse hegen. Besonders trifft diese Befürchtung zu auf unsere neugeborene Geldaristokratie, die durch den Krieg gewissermaßen über Nacht reich geworden ist. Wie jedermann weiß, hat bei uns infolge des Krieges eine durchgreifende Verschiebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse stattgefunden, die auch eine soziale und politische Umgruppierung im Gefolge hat. Der Krieg hat grundstürzende Umwälzungen mit sich gebracht, einige Schichten der Bevölkerung haben ungeheure Reichtümer angeammelt, andere dagegen sind ärmer geworden, den aufgespeicherten Reichtümern auf der einen Seite steht eine große Verelendung auf der andern Seite gegenüber, man kann wohl sagen, daß die Klassengegensätze nach dem Kriege schroffer sein werden als vorher.

Der Sachverhalt ist folgender. Zunächst steht fest, daß unsere einheimische Landwirtschaft aus dem Kriege einen unerschätzlich hohen Nutzen gezogen hat und daß die ihr günstigen Verhältnisse auch nach dem Kriege längere Zeit hindurch andauern werden. Weil die Konkurrenz des Auslandes ausgeschaltet ist, sind die Preise für inländische Erzeugnisse sehr hoch, was den Erzeugern zugute kommt. In Industrie und Handel haben es verstanden, die Kriegskonjunktur zu ihrem Vorteil auszunutzen und riesige Gewinne in ihre Taschen zu stecken, wobei zu bemerken ist, daß sich

dieser Millionenregen ausschließlich auf die Groß- und Mittelbetriebe beschränkt hat. Wie groß die Ueberflüsse sein müssen, die Landwirtschaft, Industrie und Handel aus der Kriegsnot herausgewirtschaftet haben, ergibt sich aus den Abrechnungen der ländlichen Darlehnskassen, der Aktiengesellschaften und der Banken. Demgegenüber hat sich die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes wesentlich verschlechtert. Die kleinen selbständigen Geschäftsleute, die Kleinmeister und Kleinhändler, sind schwer getroffen worden und gehen schlimmen Zeiten entgegen, und auch der sogenannte neue Mittelstand, der aus Beamten, Festbesoldeten und Angehörigen der freien Berufe besteht, wird wahrlich nicht auf Rosen gebettet sein. Und was endlich die Lage der Arbeiterklasse anbetrifft, so besteht auch für sie die Gefahr einer dauernden Verschlechterung. Die hohen Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten werden auch noch nach dem Kriege anhalten, das Einkommen wird nicht in dem gleichen Maße steigen, und so kann es nicht ausbleiben, daß wir eine Massenverarmung haben werden als die Rehrseite der Medaille. Bergeshoher Reichtum und abgrundtiefe Armut sind die Folgen davon, daß man den rücksichtslosen, gewinnfüchtigen Deutemachern die Möglichkeit gegeben hat, das Glend des Volkes für sich in eine Goldgrube umzuwandeln.

Will man der Entwicklung zur Plutokratie, zur Herrschaft des Geldsacks, Einhalt tun und ein halbwegs annehmbares Gleichgewicht in unserem Volkstörper herstellen, so darf man vor einem scharfen Zupacken nicht zurückschrecken. Durch eine gesunde Steuerpolitik, durch hohe Vermögens- und Einkommensteuern, durch kräftige Besteuerung der Luxusbedürfnisse sowie durch Konfiskation der Kriegsgewinne muß den Blutigen, die sich am Blut und Mark des Volkes vollgejogen haben, ihre Beute wieder abgejagt werden. Wollte man es zulassen, daß diese Vaterlandsverräter im wahrsten Sinne des Wortes ihren Raub in Ruhe verzeihen, so wäre das nicht nur ein schreies Unrecht gegen die erwerbstätigen Volksschichten, sondern auch eine Quelle fortwährender Erbitterung. Schon heute wirkt das schlechte Beispiel, das die Kriegsgewinnler durch ihr prophanes Auftreten geben, direkt aufreizend und es wäre verhängnisvoll für unser Land, wenn diese Quelle nicht verstopft werden sollte.

Aber noch ein anderer Umstand ist von Bedeutung. Es ist nämlich eine geschichtliche Tatsache, daß Volksschichten, die in kurzer Zeit wohlhabend werden, und zu großen Reichtümern gelangen, ein starkes Selbstbewußtsein entwickeln und eine größere Rolle spielen wollen. Es schwillt ihnen der Kamm, sie tragen ein widerliches Prokument zur Schau und versuchen dem Staat und der Gesellschaft ihren Stempel aufzudrücken. Zu diesem Zwecke streben sie nach mehr Einfluß und versuchen, sich und ihre Sippschaft in die einflußreichen (und auch gut bezahlten) Stellen hineinzuschieben, von denen sie tüchtige, aber unbemittelte Bewerber fernhalten. Der verheißene Aufstieg der Tüchtigen, diese Grundbedingung eines jeden gesunden Staats- und Volkslebens, wird dadurch natürlich erschwert oder gänzlich vereitelt. Und so wird denn, wenn man der Entwicklung ihren Lauf läßt, sich mancher Emporkömmling aus reicher Familie in einem gepolsterten Sessel breitmachen, während kennnisreiche und charaktervolle Leute aus den Unterschichten Tageshmerarbeit verrichten. Auch in politischer Beziehung drängen die Kriegsgewinnler sich in den Vordergrund. Sie sind es in erster Linie, die die Herrschaft des Geldsacks stützen und die Volksmassen von der Mitarbeit in Staat und Gemeinde zurückhalten wollen, sie sind es, die sich einer Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens entgegenstellen. Zu Beginn des Krieges hatte der demokratische Gedanke überall Boden gefunden, und es wurden dementsprechend auch Zusicherungen gemacht, aber als der Krieg die wirtschaftlichen Gegensätze verschärfte, indem er neue Reichtümer schuf, entstand in den Reihen der Besizenden wieder der feste Wille, die politische Oberherrschaft über die Massen nicht aus den Händen zu geben. Hieraus erklärt sich im wesentlichen die Entwicklung, die der Kampf ums gleiche Wahlrecht und um andere demokratische Forderungen bei uns genommen hat.

Es kann durchaus keinem Zweifel unterliegen, daß alles daran gesetzt werden muß, um die drohende Herrschaft des Geldsacks zu brechen. Verhängnisvoll wäre es für den inneren Frieden in unserem Volke, wenn statt der Tüchtigkeit, Einsicht und Charakterstärke, die Höhe des Vermögens die Stellung im Staatswesen und den Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung bestimmen würde. In sozialer Beziehung wäre es höchst bedauerlich, wenn die Leute vom Geldsack den Ton angeben sollten. Da Kunst und Wissenschaft im Zeitalter des Kapitalismus nach Brot gehen, so sind Künstler und Wissenschaftler, Dichter und Denker und Forscher,

wenn auch wider ihren Willen, gezwungen, dem Bedürfnis dieser kulturbaren Rechnung zu tragen. Wenn hier kein Einhalt getan wird, so geht wir einer bedenklichen Verrohung unseres Geistes- und Seelenlebens entgegen. Der schnelle Niedergang unserer Kultur und der Verfall unserer Sitten wird die Folge sein. Es wird eine Verflachung unseres Denkens und Fühlens und ein Ueberwuchern des größten Genüßmaterialismus um sich greifen, der eine Gefahr bildet für Volk und Land. Ein Volk wird ja danach beurteilt, welche Zwecke es seinem Leben setzt und was den Inhalt seines Daseins ausmacht, und da wäre es doch im höchsten Grade bedauerlich, wenn man unser deutsches Volk nach dem Auftreten der Geldproben beurteilen wollte. Man mag die Sache drehen und wenden wie man will, die dringendste Aufgabe für uns ist, dafür Sorge zu tragen, daß der Geldsack nicht über uns herrscht. Wird diese Aufgabe nicht gelöst, so steht zu befürchten, daß unser Volk dem Schicksal des alten Rom verfallen wird, das an der Plutokratie, der Herrschaft des Geldsacks, zugrunde gegangen ist.

## Aus unserem Beruf.

**Der Arbeitsmarkt im Januar 1918.** Das „Reichs-Arbeitsblatt“ schreibt:

Die angespannte Beschäftigung der Hauptindustriezweige, die seit einer langen Reihe von Monaten festgestellt werden konnte, hat sich im großen und ganzen mit ungeschwächter Stärke auch im Januar fortgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr hielt sich die Tätigkeit zum mindesten auf der gleichen Höhe, vielfach ist es noch gelungen, weitere Leistungssteigerungen zu erreichen.

Die Lederwarenindustrie hatte im Januar befriedigenden Geschäftsgang. Gegenüber dem Weihnachtstmonat ist zwar ein Nachlassen unverkennbar, doch ist im Gegensatz zu früheren Jahren immer noch lebhaft zu tun. Für seine Lederwaren wird der Geschäftsgang als unverändert gut, auch im Vergleich zum Vorjahr, geschätzt.

Von Fabriken für Ledertreibriemen ist ziemlich gute bzw. gute Tätigkeit gemeldet worden. Im Vergleich zum Vormonat machte sich auch hier ein Rückgang geltend, doch wird die Lage gegen Januar 1917 zum Teil als besser bezeichnet. Es wird vereinzelt über Leistung von Ueberstunden berichtet.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Die am 26. Februar im Gewerkschaftshaus abgehaltene Generalversammlung diente vornehmlich der Berichterstattung über die verflossene Geschäftsperiode. Wir haben den gedruckt vorliegenden Jahresbericht bereits eingehend besprochen, so daß wir uns mit einigen knappen Ergänzungen begnügen können. Im letzten Vierteljahr wurden für die Hauptkasse 22 341 Mk. vereinnahmt, davon 15 178 Mk. in bar abgeführt. Die Lokalkasse vereinnahmte 8710 Mk., verausgabte allein an Weihnachtunterstützung 20 000 Mk. Trotz der höheren Mitgliederzahl als im Jahre 1916 sind die Einnahmen fast gleich geblieben, was nicht nur dem sprunghaften Wechsel der Mitglieder zuzuschreiben ist, sondern auch der Gleichgültigkeit in der Pflichterfüllung dem Verbands gegenüber. Während im Jahre 1916 jedes Mitglied durchschnittlich 38,50 Mk. an den Verband abführte fiel diese Leistung auf 28,43 Mk. im Jahre 1917. Anstatt 50¼ Wertmarken im Vorjahre, entfielen nur 43¼ auf den Kopf der Mitglieder gerechnet im letzten Jahre. Die Männer zahlten 45¼, die Frauen nur 39¼ Beiträge. Diesem Mangel ist am besten zu begegnen, wenn die Kollegenschaft die Werkstattdienstleistungen besser unterstützt und ihnen das Kassieren der Beiträge erleichtert. Auch ist empfehlenswert, bei Arbeitswechsel das Mitgliedsbuch bzw. die Karte vom Vertrauensmann einzufordern und bei Eintritt der neuen Arbeitsstelle sofort dem Vertrauensmann einzuhändigen. Dies erleichtert die Kontrolle und schützt die Mitglieder vor dem Ausschluß wegen rückstehender Beiträge. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet entfallen 33,12 Mk. Lokalkassenvermögen, rechnet man die 2886 zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder hinzu, so beträgt die Profopsumme nur 18,59 Mk. Für die zu bewältigenden Aufgaben unseres Verbandes ein geringer Betrag. In den Erläuterungen zum Jahresbericht führte Kollege Schulze noch an, daß die Arbeitslage außerordentlich günstig war, die in den ersten Monaten gehegten Befürchtungen sind nicht eingetroffen. Die technische Errungenschaft der Papierfabrik hat den Ledermangel ausgeglichen. Gegen Ende des Jahres hat noch eine Vergrößerung des Arbeitsfeldes stattgefunden, hauptsächlich in der Ausrüstungsindustrie. Vieles Kollegen und Kolleginnen im Verufe tätig sind, läßt sich nicht einmal schätzungsweise feststellen, werden doch allein ca. 2000 Seimarbeiter auf Patronenfahrgewerke beschäftigt. Die Lederwarenindustrie leidet schwer unter dem Materialmangel. Ebenso die Ledertreibriemenindustrie. Hat sich doch der Treibriemen aus Papier nicht so bewährt, wie die Klaffe behauptet

hat. Zum Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen spricht Kollege Schulze die Hoffnung aus, daß unser Verband recht bald im Dienst der Friedenswirtschaft stehen möge, wenn auch der Frieden einen Abbau der Beschäftigung im Ausrüstungsgerwerb mit sich bringt. Gerade dieser Umstand bedingt, daß jeder seine volle Pflicht und Schuldigkeit tue!

**Leipzig.** (E. 28. 2.) Die am Freitag, den 15. Februar, im Volkshaus tagende Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Leipzig befaßte sich im ersten Punkte der Tagesordnung mit den Ergänzungsfragen der Ortsverwaltung. Zum ersten Vorsitzenden wurde gewählt Kollege Fritz Zeidler, zum zweiten Vorsitzenden Kollege Hampester, zum Schriftführer Kollege Joh. Kuttiger.

Zum 2. Punkt, Berichterstattung über die Tarifverhandlungen im Lederausüstungsgerwerb, führte Gauleiter Kollege Buch folgendes aus:

Schon bei Beginn der Verhandlungen habe sich auf Seiten der Unternehmer eine kriegerische Stimmung bemerkbar gemacht, denn schon bei dem ersten Punkte betreffs Lohnentschädigung bei früherem Arbeitslohn an den Vorabend der hohen Feiertage stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt, daß sie nichts bewilligen wollten. Durch den Schiedsspruch des Vorsitzenden sei diese Frage doch zugunsten der Arbeiter gelöst worden. Ein weiterer strittiger Punkt sei die Einreihung des Kriegszuschlages in die Grundlöhne gewesen. Die Unternehmer lehnten diese Forderung von vornherein mit dem Bemerkten ab, da der Tarif doch nur eine Kriegsmahnahme sei und nach Friedensschluß sofort an dessen Abbau herangegangen werden müsse. Nach längeren, teilweise recht stürmischen Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer bereit, auf die bestehenden Grundlöhne eine Zulage von 2 Pfg. zu gewähren. Der Grundlohn für gelernte Sattler beträgt demnach 58 Pfg. Unsere Vertreter haben diesen Vorschlag als für die Arbeiterschaft unannehmbar sofort zurückgewiesen und erklärt, daß sie, wenn so wenig Verständnis für die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft vorhanden wäre, kein Interesse an der Fortsetzung der Verhandlungen hätten. Weiter wollten die Unternehmer den Ablauftermin für den neu abzuschließenden Vertrag auf 6 Monate nach Friedensschluß festgesetzt wissen. Auch dieser Vorschlag wurde unsererseits als unannehmbar bezeichnet, da doch dieser Zeitpunkt als überaus ungünstig für Verhandlungen über einen neuen Tarif anzusehen sei, infolge des Rohstoffmangels und Ueberangebots an Arbeitskräften. Bei den weiteren Verhandlungen über die Erhöhung der Arbeitslöhne habe dann der Fabrikant Stecher im Auftrag der Sattler, Lederausüstungsfabrikanten erklärt, daß eine weitere Erhöhung der Löhne vollständig ausgeschlossen sei, da es sonst unmöglich wäre, daß die deutschen Fabrikanten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben könnten. Als hierauf unsere Vertreter eine durchgängige Erhöhung der Akkordlöhne bis zu 30 Proz. forderten, fanden die Verhandlungen auf dem toten Punkt, so daß sich der Leiter der Konferenz genötigt sah, diese abzugeben und auf später zu vertagen. Kollege Buch gab am Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß bald ein neuer Termin angesetzt werden möge und die neuen Verhandlungen zu einem günstigeren Resultate gelangen als die vorhergehenden.

In der sich anschließenden Diskussion wies zunächst Kollege Daseke auf die jetzt vielfach in der bürgerlichen Presse gemachten Versuche hin, gegen die Arbeiterschaft Stimmung zu machen wegen der angeblich hohen Löhne. In Wirklichkeit seien dieselben durchaus nicht so hoch, sondern nur der natürliche Ausgleich der horrend verteuerten Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Auf den ablehnenden Standpunkt der Unternehmer hinweisend fordert Kollege Daseke die Anwesenden auf, auch den letzten uns noch fernstehenden Berufsangehörigen dem Verbandsbezugzuführen, damit wir im Notfall das, was uns vorenthalten wird, erkämpfen können. Auch die folgenden Redner, die Kollegen Wissolet und Vikostsky betonten, ehe wir solche Bedingungen, wie sie die Unternehmer gestellt haben, annehmen, daß es dann besser sei, ohne Tarif zu arbeiten und wünschen, daß unsere Vertreter auch bei den neuen Verhandlungen die alten Forderungen energisch vertreten sollten den Unternehmern gegenüber.

## Soziales.

**D.W.A. Die Aufhebung des Verbots von Dach- und Kellerrwohnungen.** Einer Zeitungsnotiz zufolge, die augenscheinlich amtlichen Ursprungs ist, haben im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, das jetzt die Führung in der Wohnungsfrage übernommen hat, unter Beteiligung der sonst zuständigen Behörden — Siedlungsministerium, Ministerium des Innern, Oberpräsidium, Polizeipräsidium, Verband Groß-Berlin — Verhandlungen darüber stattgefunden, wie der in Groß-Berlin drohenden Wohnungsnot in der Zeit nach dem Kriege durch Not-

standsmaßnahmen begegnet werden kann. Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll gewesen sein, daß von den zunächst vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen die Freigabe von Dach- und Kellerrwohnungen zum Wohnen in erster Linie in Aussicht genommen ist, die mit Friedensschluß erfolgen soll, „damit Sicherheit dafür besteht, daß die so geschaffenen Räumlichkeiten für die heimkehrenden Krieger zur Verfügung stehen“. Es wird ein Erlaß des Ministers in Aussicht gestellt, der die Durchführung solcher Hilfsmaßnahmen auch für die übrigen Teile des preussischen Staates empfiehlt. Es ist von sehr beachtlicher Seite schon früher vor einer solchen Maßnahme dringend gewarnt, die schwere Gefahren in sich birgt und erst in Erwägung gezogen werden sollte, wenn alle anderen Mittel provisorischen Charakters versagen. Daß Kellerrwohnungen an sich als vom hygienischen Standpunkte minderwertig anzusehen sind, bedarf keiner weiteren Erörterung; darauf weist schon der Umstand hin, daß sie bisher unter Verbot gestellt sind. Sie dürften zumal jetzt, bei der festgestellten Tuberkulosegefährdung der Bevölkerung, gerade für die heimkehrenden Krieger die allergeeignete Unterkunftsmöglichkeit darstellen. Und selbst wenn, wie dies in Aussicht genommen zu sein scheint, ihre Zulassung auf ein begrenztes Zeitmaß — es ist von fünf Jahren die Rede — befristet wird, liegt die Gefahr nahe, daß dadurch eine dauernde Verschlechterung der Wohnweise in der Gestalt einer allgemeinen Mietsteigerung herbeigeführt wird. Die durch die Vermietung von Keller- und Dachwohnungen gegebene größere Ausnutzungsmöglichkeit der Grundstücke wird nicht verfehlen, dem Hausbesitzer den willkommenen Anlaß zu bieten, durch Kapitalisierung der vorübergehend erhöhten Mieten einen erhöhten Grundstückswert zu erreichen, der sich, namentlich wenn das Grundstück inzwischen den Besitzer gewechselt hat, schwer wieder zurückschrauben lassen wird, und die als vorübergehend gedachte Maßnahme wird so voraussichtlich zum Nachteil der künftigen Mieter zu einer dauernden Steigerung der ohnehin schon künstlich über die Gebühr hinaufgetriebenen Grundstückspreise führen, die eine Gefundung der schon jetzt so beklagenswerten Wohnungszustände in den Großstädten dauernd hintanhaltend sind. Unter diesen Umständen sollte man sich nicht leichtsin zu einer Maßnahme entschließen, die solche Gefahren in sich birgt, wenigstens sollte man sie nur im alleräußersten Notfall zur Anwendung bringen, wenn alle anderen Hilfsmittel im Stiche lassen. Vor allen Dingen aber sollte man nun endlich einmal mit Nachdruck die Wege beschreiten, die eine sofortige Aufnahme der Neubautätigkeit nach dem Kriege in Aussicht stellen, so in erster Linie die Gelddarlehens-, die Rohstofflieferungs- für die Wiederinbetriebsetzung der stillgelegten Ziegeleien und die sonstige Rohstoffbeschaffung für das Baugewerbe.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Das Mitglied **Martus Schulz**, Kartennummer 4925, aus Kassel wurde wegen Verstoßes gegen die Verbandsinteressen aus unserem Verbands ausgeschlossen. Der Vorstand.

## Sterbetafel.

**Berlin.** Am 14. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied **Hugo Legius** im Alter von 43 Jahren.

**Offenbach a. M.** Am 28. Februar verstarb unser Mitglied **Margarete Heinemann**, 26 Jahre alt.

**Cöln.** Am 8. Februar verstarb unser Mitglied **Otto Kolbe**, 45 Jahre alt, und am 10. Februar unser Mitglied **Heinrich Heineke**, 62 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Wir suchen

**Sattler und Sattlerinnen.**  
**C. Leschen & Co.,**  
Fabrik für Militär-Lederausüstung,  
Cöln-Nippes, Geldernstr. 46.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 53.**

— Gegründet 1880. —  
Preislisten S. P. gratis und franco.